

Wien, Freitag, den 20. Mai 1927.

Die Konstituierung des Wiener Gemeinderates.

Um halb 5 Uhr nachmittags eröffnet Bürgermeister Seitz die Sitzung. Von den 120 Mitgliedern des Gemeinderates sind nur zwei wegen Krankheit abwesend. Die Sozialdemokraten, die wieder die rechte Seite des Saales besetzt haben, sind mit roten Nelken geschmückt. Die Mitglieder der Einheitsliste tragen weisse Nelken, nur die zwei Großdeutschen Kornblumen. Von den Sozialdemokraten sind sechs neue Mitglieder anwesend: Ammon (Leopoldstadt), Böhm (Floridsdorf), Feldhofer (Hietzing), Theresia Kogler (Meidling), Anna Grünwald (Rudolfseim) und Viktor Stein (Margareten). Die Partei der Einheitsliste verzeichnet zehn neue Mitglieder: Daffinger (Alsergrund), Gschladt (Meidling), Dr. Hengl (Döbling), Höppel (Ottakring), Dr. Kolassa (Währing), Millik (Ottakring), Pfeifer (Währing), Prinke (Simmering), Schiener (Mariahilf) und Wagner (Landstrasse).

Bürgermeister Seitz erklärt, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist. Die Stadtwahlbehörde hat die Wahlergebnisse überprüft und die Gewählten Frauen und Herren von ihrer Wahl verständigt. Sämtliche Gemeinderäte haben die Wahl angenommen. Da laut § 36 der Bürgermeister bis zur Neuwahl eines Bürgermeisters im Amt verbleibt, habe ich nun die Sitzung des Gemeinderates zu eröffnen. Ich begrüße die Mitglieder des Gemeinderates auf das herzlichste und bitte Sie in gewohnter pflichtgemässer Art in die Verhandlungen einzugehen.

Es obliegt mir nun die Pflicht, jenen Frauen und Herren, die nicht mehr in den Gemeinderat zurückgekehrt sind, für ihre Mühewaltung und verdienstliche Arbeit, die sie im Gemeinderat geleistet haben, zu danken. Insbesondere gedenke ich des Herren Gemeinderates Schorsch, der sich als Vorsitzender des Gemeinderates durch seine unparteiische Geschäftsführung allgemein die Sympathien erworben hat. Weiters gedenke ich noch eines Mannes der in aufopfernder Weise seine Dienste der Stadt Wien zur Verfügung gestellt hat. Es ist dies Herr Professor Fränkel, der in uneigennützigster Weise der grossen Aufgabe der Wiener Elektrizitätsversorgung gewidmet hat, und der wieder in die stille Gelehrtenstube zurückgekehrt ist.

Nun listen die Mitglieder des Gemeinderates die Angelobung. Gemeinderat Thaller ruft als Schriftführer die einzelnen Mitglieder des Gemeinderates zur Angelobung auf. Nachdem sich sämtliche Gemeinderäte von ihren Sitzen erhoben haben, leistet jeder Gemeinderat nach seinem Namensaufruf mit den Worten die Angelobung: "Ich gelobe!"

Bürgermeister Seitz leitet nun die Wahl von sechs Vorsitzenden des Gemeinderates ein. Zum Vorsitzenden des Gemeinderates werden gewählt: Bürgermeister Karl Seitz, als zweiter Vorsitzender Vizebürgermeister Hoss, als dritter Gemeinderat Weigl, als vierter Gemeinderätin Bock, als fünfter Gemeinderätin Wielisch und schliesslich als sechster Vorsitzender Gemeinderat Linder.

Vizebürgermeister Hoss übernimmt jetzt den Vorsitz und leitet die Wahl des Bürgermeisters. Die Wahl wird mittels Stimmzettel vorgenommen. Als Bürgermeister wird wieder Gemeinderat Karl Seitz mit 76 Stimmen gewählt. 42 Stimmzettel waren leer. Vizebürgermeister Hoss erklärt, dass Gemeinderat Seitz zum Bürgermeister der Stadt Wien auf die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates gewählt ist. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten)

Bürgermeister Seitz erklärt die Wahl anzunehmen, dankt für die neuerliche Bekundung des Vertrauens und führt aus:

Nach einer beispiellosen heftigen Wahlbewegung, die alle Schichten der Bevölkerung aufgewühlt hat und in der auch mit den schärfsten Mitteln gekämpft wurde, tritt dieser Gemeinderat wieder zu einer fünfjährigen Funktionsperiode zusammen. Die frühere war zwar noch nicht beendet und der Gemeinderat wäre berechtigt gewesen, seine Tätigkeit bis zum Jahre 1928 fortzusetzen. Da aber die Nationalratswahlen stattfanden, hatte unsere Partei keinen Anlass, die Wahlbewegung nicht zu einer umfassenden zu gestalten. Wir sagten uns, es wäre vielleicht sogar sehr nützlich, wenn nicht nur die Stellung der Sozialdemokratie als Opposition im Parlament einer Kritik und einer Prüfung durch die Wähler unterzogen wird, sondern auch ihre Arbeit dort, wo sie berufen ist, zu regieren und zu verwalten, wo also ihre Arbeit eine positive ist.

Was war der Sinn dieser Wahlen? Der Chef der Regierung, Bundeskanzler Seipel hat ihn klar bezeichnet, in dem er eine Parole ausgab, die sonst gewöhnlich unsere ist, die Parole vom Klassenkampf, von der Vereinigung aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie. Wir haben natürlich diese Parole mit Freude und Genugtuung aufgenommen. Allerdings können wir sagen, dass sich im Laufe der Wahlbewegung eine Scheidung der Wähler vollzog, diese eine etwas andere war und wir können mit Genugtuung feststellen, dass nicht nur die organisierte geistige und manuelle Arbeiterschaft bei diesen Wahlen für die bisherige Art der Gemeindegemeinschaft Stellung genommen hat, sondern darüber hinaus auch Kreise aus dem Bürgertum, Freisinnige und dergleichen. Es sind in diesem Kampf zwei Systeme gegeneinander gestanden, zwei Systeme der Wirtschaft und der Politik, vor allem auch der Kulturpolitik. Es waren aber nicht bloss theoretische Lehrensätze, die gegeneinander rangen, sondern beide Systeme, das im Bund und das hier in der Gemeinde herrschende, sind seit 1920 praktisch geprüft, beide Parteien haben in praktischer Arbeit bekundet, wie sie zu wirken gedenken, man konnte beide an ihren Früchten erkennen. Wir Sozialdemokraten gehen von der Ansicht aus, dass diese kleine Republik vor allem ein Staat der Industrie, des Gewerbes und des Handels ist und nur gedeihen kann, wenn die Weltwirtschaft eine andere Gestaltung annimmt, wenn Europa allmählich in die Bahnen des Freihandels gelenkt wird, wenn wir in einem grösseren Wirtschaftsgebiet, als welches nur das deutsche Reich in Betracht kommen kann, aufgehen. Von dieser Grundansicht aus kommen wir zu dem weiteren Schluss, dass bis zu dem Augenblick, wo eines oder das andere dieser Ziele oder beide erreicht sind, wir alle zusammen die Pflicht haben, gewiss auch unsere Landwirtschaft zu fördern, damit sie, soweit es nur möglich ist, einen grösseren Teil unseres Bedarfes decke, dann aber die eigentliche Grundlage unserer Wirtschaft zu fördern, das ist die Industrie, Gewerbe und Handel. Die Mittel hierzu müssen wir aufbringen durch Erpassung geeigneter Steuerquellen vor allem durch Erpassung jenes Konsums, der über das notwendige Ausmass eines armen Staats und einer armen Gemeinde hinausgeht. Wir müssen uns zu erhalten trachten durch die Förderung des Fremdenverkehrs, durch die Besserung unserer Handelsbilanz. Die geistige und manuelle Arbeiterschaft leidet unter der fruchtbaren Qual der Arbeitslosigkeit und wer immer in Oesterreich Politik machen will, muss bei dieser Quelle aller Not beginnen. (Lebhafte Zustimmung der Mehrheit). Er muss erkennen, dass alles was geeignet ist, die Arbeitslosigkeit zu beheben, zugleich das Mittel ist, Oesterreich zu erhalten und es einer besseren Zukunft entgegenzuführen (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit). Eine unserer wichtigsten Aufgaben ist, die geistige und manuelle Arbeiterschaft/kampffähig zu erhalten, die Konkurrenzfähigkeit der Industrie und des Gewerbes zu sichern vor allem durch die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Wir erklären mit allem Nachdruck, der Mieterschutz ist eine so unerlässliche Notwendigkeit für Oesterreich, seine Abschaffung wäre eine so ungeheure Gefahr für unser ganzes Volk, dass es unser aller Pflicht ist, ihn aufrecht zu erhalten (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit) Rufe auf den Bänken der Einheitsliste: Vor allem in den Gemeindegemeinschaften).

Wenn man uns in der Legislatur-Registrierungsperiode des Parlaments den Vorwurf gemacht hat, wir handeln gegen die Grundsätze der Demokratie wenn wir die Parlamentsmehrheit an der Einschränkung oder Abschaffung des Mieterschutzes hindern, so haben wir in dieser Wahlbewegung eine glänzende Bestätigung unseres Vorgehens gefunden und es war eine meiner schönsten Augenblicke als ich in den Kundgebungen aller Parteien und zwar sowohl der in der Einheitsliste zusammengeschlossenen Parteien wie auch der anderen die Worte fand: Die Mieterschutz ist gesichert (Lebhafte Beifall und Rufe: Sehr gut bei der Wahl). Das System der Politik das von uns im Jahre 1919 kreiert und nun bestätigt wurde, verpflichtet uns auch, die grossen Massen des Volkes durch geeignete kulturpolitische Massnahmen, vor allem durch eine gute Schule geistig zu rüsten. Dieses System das wir in den Wahlen hingestellt haben, hat nicht wenig Anfeindungen erfahren. Der Bundeskanzler selbst hat ja alle diejenigen die diesem System Opposition machen, zur Sammlung aufgerufen, er hat um sich gesammelt die Vertreter der grossen Finanz, der Banken, der Grossindustrie zugleich mit den Vertretern des grossen Grundbesitzes des Agrarier und sie mit den ganz Kleinen vereinigt die in Stadt und Dorf vielleicht aus kulturpolitischen Gründen ihm nahestehen. Er hat Antisemiten und Juden, Los von Rom Leute und fromme Katholiken zu einem geschlossenen Frontangriff gegen die Sozialdemokratie vereinigt. Es war durchaus kein leichter Kampf und es galt, wirklich alle Schichten des Volkes zur Entscheidung aufzurufen. Es war auch der innere Grund der ausserordentlichen Heftigkeit dieser Wahlbewegung. Ich will von den Mitteln die man im Wahlkampf angewendet hat nicht sprechen. Die Sache ist entschieden, und wir können mit Genugtuung feststellen, dass die überwiegende Mehrheit des Volkes von Wien sich zu dem von uns inaugurierten System der Volkswirtschaft und Politik bekannt, dass sie die Grundsätze und Grundzüge unserer Verwaltung auf neue bekräftigt und uns berufen hat in dem Sinne wie bisher in der Verwaltung und Gesetzgebung des Landes und der Gemeinde unentwegt fortzufahren. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Wenn im Jahre 1919 53 ein halb Prozent der Wähler diesem Programm zugestimmt haben, so waren es im Jahre 1923 bereits 55 ein halb Prozent und im Jahre 1927 über sechzig Prozent. Man hört von Ihrer Seite immer wieder, es sei bei diesen Wahlen insbesondere in Wien nicht korrekt vorgegangen worden. Demgegenüber muss festgestellt werden wie wirklich vorgegangen worden ist. Es wurden genau nach den Vorschriften des Gesetzes die Wählerlisten aufgelegt, es wurden genau nach den Vorschriften des Gesetzes die Reklamationen vorgenommen (Widerspruch auf den Bänken der Einheitsliste) und obwohl das Gesetz durch die Feststellung der kurzen Termine in grossen Städten die grössten Hindernisse bereitet, sind die Listen unter aller erreichbaren Kautelen zusammengestellt worden. In den Wahlkommissionen hat jede der beiden Parteien Sitz und Stimme gehabt. In vielen dieser Wahlkommissionen waren die Vertreter der Opposition Vorsitzende. Wir haben ihnen beruhigt die Wahl anvertraut (Zwischenrufe auf den Bänken der Einheitsliste). Die Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Sektionen sind von den Vertretern der Minderheit und von den Vertretern der Mehrheit in den Kommissionen verzeichnet. Die Wahlproteste sind in der Wahlbehörde genau überprüft worden (Widerspruch auf den Bänken der Einheitsliste) und überdies hat jedermann das Recht, wenn ihm diese endgültigen Entscheidungen der Hauptwahlbehörde noch immer nicht genügen, den Weg zum Verfassungsgesichtshof zu gehen. (Rufe auf den Bänken der Einheitsliste: Wird auch geschehen). Es ist also kein Grund zu einer Aufregung. Vor allem ist sicher, dass im Magistrat die Wahl streng sachgemäss und objektiv überprüft worden sind (Widerspruch auf den Bänken der Einheitsliste) und ich muss den Beamten die mit ungeheurer Mühe tagelanger und nächtelanger Arbeit diese Aufgabe selbstlos und gewissenhaft erfüllt haben, den Dank zum Ausdruck bringen (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit).

Das ist nunmehr abgeschlossen und wir haben den Blick nach vorwärts zu richten. An der Spitze alles dessen wofür wir zu sorgen haben steht die Sorge um den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Belebung

der Wirtschaft. Zu diesem Zweck wird im Gemeinderat schon in der Sitzung vom 20. Mai das umfassende neue Wohnbauprogramm vorgelegt werden (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit), das für die nächste fünfjährige Funktionsperiode den Bau von 30.000 Wohnungen vorsieht (Neuerlicher lebhafter Beifall bei der Mehrheit). Darin wird auch der Bau von grösseren Wohnungen vorgesehen insbesondere für jene Stände, die um ihrer Berufsarbeit willen einer grösseren Wohnung bedürfen, es wird die Schaffung von Wohnräumen für Einzeln wohnende Personen vorgesehen und es wird selbstverständlich nicht nur der Hochbau durchgeführt werden, sondern wir werden uns soweit dies bei den territorialen und Verkehrsverhältnissen von Wien möglich ist, auch bemühen, dem System der Gartenstadt Rechnung zu tragen. Wir werden auch eines Standes gedenken, der unter besonder schwierigen Verhältnissen lebt, der Hausgehilfen, in dem wir die Schaffung einer grösseren Zahl von Hausgehilfenheimen vorsehen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

Wir werden ferner die Aktion der "Heimbauhilfe" fortführen, indem wir denjenigen billige Kredite zur Verfügung stellen, die sich ein eigenes Heim errichten wollen.

Natürlich umfasst dieses grosszügige Investitionsprogramm noch eine Menge anderer Investitionen. Wir werden gleich in der nächsten Sitzung das Programm über die Bestellung von 150 Autobussen vorlegen. (Beifall bei der Mehrheit). Wir werden sehr bald im Gemeinderat bekannt geben, in welcher Form sich die umfassende Investitionstätigkeit auch in den städtischen Betrieben vollziehen soll, damit wir so recht viele Arbeitsmöglichkeiten für Industrie und Gewerbe schaffen.

Was das Gewerbe anlangt, so haben wir längere Zeit mit den Fragen des Gewerbestandes wirklich gewisse Schwierigkeiten gehabt, die ich gar nicht bestreite. Wir standen zu den massgebenden Organisationen des Gewerbes in einem solchen Verhältnis, dass es zu verbindlichen und zweckmässigen Verhandlungen nicht kommen konnte. In den letzten Jahren haben sich die Verhältnisse wesentlich gebessert, ein Grossteil der Gewerbetreibenden hat er Rufe auf den Bänken der Einheitsliste: Ist zugrunde gegangen! hat erkannt, dass das System der derzeitigen Verwaltung auch für sie von Vorteil ist und wir sind nunmehr in der Lage mit einem grösseren Kreis von organisierten Gewerbetreibenden gemeinsam über die Interessen ihres Standes zu beraten und ihren Anregungen Rechnung zu tragen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit). Wie sich die Gemeinde Wien bestrebt ist, das Gewerbe in seinem schweren Kampf zu unterstützen, zeigt es sich auch bei der Gründung und alljährlich wiederkehrenden Subventionierung der Wiener Messe. Wir waren uns darüber klar, dass gerade das Gewerbe und der Handel durch Hebung des Fremdenverkehrs belebt werden muss. Es ist durch systematische Arbeit von Jahr zu Jahr gelungen, Wien wirklich zu einer Kongressstadt zu machen. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit). So wird ein Strom von Menschen nach Wien gelenkt, wodurch Gewerbe und Handel Beschäftigung geboten wird. Wir werden in diesen Bemühungen fortfahren, auch durch Veranstaltung von Ausstellungen. Wir haben auch eine wesentliche Herabsetzung der Fremdenzimmerabgabe vorgenommen. Von ihrer Höhe in der Inflationszeit haben wir sie allmählich, wie es die Zeit gestattete, auf den heutigen Stand gebracht. In dem wir die Steuerermässigungen mit der Durchführung von Investitionen im Hotelgewerbe verbinden, erreichen wir da dieser Zweig des Gewerbes nicht nur durch die Steuerherabsetzung an sich gefördert sondern auch durch die bessere Ausgestaltung der Hotels seine Hebung bewirkt wird. drittens wird dadurch einem grossen Teil anderer Gewerbetreibender und gerade solchen, die unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen schwer zu leiden haben, zu einer grösseren Beschäftigung verholfen. Indem wir 110 Milliarden für solche Investitionen bereitstellen, schaffen wir ungeheure Arbeitsmöglichkeit. Wir werden auch im eigenen Wirkungskreis

der Gemeinde eine umfassende Gewerbeförderungsaktion durchführen und zu diesem Zweck wird dem Gemeinderat eine Vorlage über die Gründung eines eigenen Gewerbeförderungsamtes zugehen. Von der allergrössten Bedeutung erscheint uns allerdings die Beschaffung billiger Kredite für das Gewerbe. Gerade in dieser Hinsicht sind die Gewerbetreibenden in den letzten Jahren schwer zu Schaden gekommen. Der Bankencrash und die ganze Erschütterung unseres Kreditlebens hat natürlich auf das Gewerbe zurückgewirkt und besonders die Zusammenbrüche von Banken, wie der Depositenbank und der Lombard- und Escomptebank, bei denen früher die Gewerbetreibenden Kredite nehmen konnten, haben eine ganz empfindliche Notlage geschaffen. Das erste wird sein, dafür zu sorgen, dass das Leihgeld, das in Oesterreich ja ziemlich teuer ist, ^{wesentlich} billiger kommt. In dieser Hinsicht einzugreifen, ist unsere Pflicht. Wir werden daher schon auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung eine Vorlage stellen, durch welche gesichert werden soll, dass die Gewerbetreibenden im Wege des Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien Kredite erhalten können. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit) Die Zentralsparkasse, die sich während der Inflationszeit durch ihre absolute Solidität einen guten Namen gemacht und das Vertrauen der Bevölkerung erworben hat, hat heute einen sehr hohen Einlagestand und ihr Geschäft wächst noch von Woche zu Woche. Wir begrüssen das umso mehr als uns dieser hohe Einlagestand die Möglichkeit bietet, ohne die übrige Tätigkeit der Sparkasse ^{oder gar ihre Mobilität} auch nur im geringsten zu beeinträchtigen, Kredite in der genannten Höhe für die Gewerbetreibenden zu schaffen. Die Mobilität der Zentralsparkasse wird dadurch nicht im geringsten tangiert werden, die grossen Einlagen ermöglichen alle diese Aktionen. Wir werden auch eine Vorlage unterbreiten, durch die gesichert wird, dass die Gewerbetreibenden für die Kredite keinen höheren Zinssatz als den von sechs Prozent zu leisten haben. (Lebhafte Bravorufe bei der Mehrheit). Wenn also auch der Zinsfuß im allgemeinen ein höherer sein sollte, so wird die Gemeinde für den Unterschied aufkommen. Dadurch sichern wir den Gewerbetreibenden das, was ja für sie das wichtigste ist, die Möglichkeit einer vernünftigen und richtigen Kalkulation und die Möglichkeit von Investitionen in Betriebe. Wenn der Gewerbetreibende nicht weiss, wie sich der Zinsfuß bewegen wird, kann er nicht ordentlich kalkulieren und keine ordentliche Investitionstätigkeit entfalten. Wir aber werden den Zinsfuß bis Dezember 1929 mit einem bestimmten Satz nach oben limitieren. Wenn der allgemeine Zinsfuß sinken sollte, werden wir selbstverständlich mit Freuden auch herabgehen. So wird den Gewerbetreibenden für längere Zeit ein dauernder Kredit unter stets gleichbleibenden Konditionen gesichert. Wenn man bedenkt, dass die Konditionen bei den Banken für das Gewerbe heute eine doppelt ^{so grosse} Belastung ergeben, so wird man die Bedeutung dieser Massnahme einzuschätzen wissen. Dadurch wird gleichzeitig wieder Arbeit geschaffen.

Eine andere Aktion wird die Förderung des Exportes nach Russland sein. Die Absperrung Russlands ist ja vor allem eine der Quellen für die Behinderung des Exportes in ganz Europa, ja geradezu der ganzen Welt geworden. Deutschland hat auf dem Gebiete der Förderung des Russlandsexportes Bahnbrechend gewirkt. Selbstverständlich ist es auch für eine grosse Gemeinde nicht möglich, etwa die Zoll- und Handelspolitik des Staates zu beeinflussen. Wir können nur bedauern, dass im Bunde eine Zollpolitik inaugurirt wird, die einerseits der ^{Land} Wirtschaft keinen Nutzen bringt, andererseits aber die städtische Bevölkerung schwer belastet. Wir kämpfen ja gegen diese Zollpolitik des Bundes, so weit es nur möglich ist. Wir müssen, wenn wir unserem Gewerbe und der Industrie helfen wollen, andere Wege finden. Deutschland

bietet ein gutes Beispiel durch seine Förderung des Russlandsexports. Das Hemmnis ist vor allem das, was man gewöhnlich das politische Risiko nennt. In Deutschland hat man nun die Industrie und das Gewerbe, das sich mit dieser Art Export befasst, dadurch zu sichern versucht, dass der Staat selbst im Verein mit den Ländern eine Ausfallgarantie von sechzig Prozent übernommen hat. Wir haben uns bemüht, in Oesterreich Ähnliches zu erreichen. Es ist uns im Bunde nicht gelungen und das ist die Ursache, dass wir nun den Versuch machen werden, von Gemeindegewegen eine solche Industrieförderung durchzuführen. Die Vorarbeiten sind im vollen Zuge und ich werde alles daransetzen, dass die allerdings schwierige Verhandlungen erfordernde Vorlage möglichst bald dem Gemeinderat unterbreitet werden kann. Die Schaffung einer Ausfallgarantie für die russischen Exportgeschäfte wird nicht nur der Stadt Wien zugute kommen, sondern selbstverständlich Oesterreich nützen.

Der Wiener Landtag hat bekanntlich bereits ein Gesetz beschlossen, nach dem die Gemeinde eine Anleihe von dreissig Millionen Dollar aufnehmen kann. Das Bundesministerium für Finanzen hat am 10. Mai dem Magistrat verständigt, dass es gegen diesen Beschluss keine Einwendung erhebt. Damit ist die Bahn frei für ernsthafte Verhandlungen mit den ausländischen Interessenten. Ich kann feststellen, dass die bisher stattgehabten Besprechungen mit den allerersten Emissionshäusern die Tatsache bestätigen, dass gerade die bisherige, so vollkommen zurückhaltende Anleihepolitik der Stadt Wien die Bestreitung aller Ausgaben in diesen schwersten Nachkriegsjahren, sowie die grosszügigen Investitionen ohne Aufnahme von Schulden und die Tatsache, dass das Budget der Gemeinde seit erstem Juli 1920 im Gleichgewicht ist, die günstigste Beurteilung finden (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Es ist daher berechnete Hoffnung vorhanden, dass die Verhandlungen bald abgeschlossen sein werden. Die Gemeinde hält an ihrem Steuersystem fest. Das war aber bisher gar kein Hindernis, doch Erleichterungen eintreten zu lassen, wo es die Verhältnisse erfordern und gestatten. Wir haben schon vor Jahren die Untermietersabgabe abgeschafft. Es wurde die Feilbietungsabgabe ermässigt. Vor Jahresfrist wurde die Lastkraftwagenabgabe abgeschafft, die Fuhrorgeabgabe ermässigt und systematisch die Lustbarkeitsabgabe soweit abgeschafft, dass sie heute in Wien günstiger ist, wie in manchen Ländern und im Ausland. Wir haben ferner die Nahrungs- und Genussmittelabgabe bedeutend ermässigt und haben überhaupt von der Möglichkeit, ein Drittel aller Betriebe einzubeziehen, keinen Gebrauch gemacht. Wir haben weiters ^{auch} die Fremdenzimmerabgabe ermässigt.

Wenn Sie (zu den Mitgliedern der Einheitsliste gewendet) mir da zurufen, dass waren Wahlzuckerl, so nenne ich Ihnen jetzt eine Steuer die eine sehr schwere Steuer ist und unter der alles leidet. Das ist die Warenumsatzsteuer. (Lärm bei den Mitgliedern der Einheitsliste, Beifall bei den Sozialdemokraten).

G.R. Angermayer (einh.L.) Sie leiden auch darunter, Herr Bürgermeister?

Bürgermeister Seitz, fortfahrend: Ich muss nun schon sagen, wenn Sie die Warenumsatzsteuer auf Mehl, Brot, und Zucker ermässigt hätten, wenn Sie uns so ein Wahlzuckerl gegeben hätten, wir hätten dieses Wahlzuckerl denkbarst entgegengenommen.

Wenn ich von einem Wiener Vertreter das Wort höre, Wien solle durch einen freiwilligen Verzicht auf einen berechtigten Anteil das System der Abgabenteilung ändern, wenn dem Volk von Wien zugemutet wird, es solle auf seinen berechtigten Anteil verzichten, da muss ich schon sagen, dass das ein Raub auf die Taschen der Wiener Bevölkerung wäre. Diese Zumutung zeigt einen unerhörten Mangel an Patriotismus. Wenn daher der überwiegende Teil der Wiener Bevölkerung am 24. April uns seine Stimme gegeben hat, so ist das schliesslich auch darauf zurückzuführen, dass sich die Wiener Bevölkerung den systematischen Kampf gegen Wien, der von einem Wiener Vertreter, vom Finanzminister geführt wird,

Seit dem Jahre 1923 ist noch kein Jahr vergangen, in dem nicht irgend eine Steuererleichterung durchgeführt worden wäre. Wir werden auf diesem Weg fortfahren und werden schon in der nächsten Zeit daran gehen die Steuer für Kleinautomobile zu ermässigen. Damit wird wieder die in einer unbefriedigenden Lage sich befindende österreichische Automobilindustrie gefördert. Auch diese Vorlage wird noch vor den Sommerferien den Wiener Landtag zugehen.

(G.R. Rummelhardt: Unser Antrag) Da die Fülle Ihrer Anträge, Herr Gemeinderat Rummelhardt, eine erstaunliche ist, bin ich in der glücklichen Lage, Ihnen feierlich zu versprechen, dass wir bei Steuerermässigung in der Erfüllung Ihrer Anträge vorgehen werden, weil Sie sie so prophetisch auf Jahre vorausgesehen haben.

Wir werden überdies den Arbeitslosen die Freikarten zur Bahn beistellen. Eine der wichtigsten Aktionen zur Hilfe für Notleidende wird die Regelung der Kleinrentnerfrage sein. Die Fortsetzung unserer Aktionen zur Förderung der Volksgesundheit werden wir die Untersuchungsstelle für augenkranken Kinder gründen, wir werden den neuen Pavillon für Rheumatiker mit 200 Betten im Lainzer Krankenhaus eröffnen, wir werden auch sofort daran gehen, im Einvernehmen mit allen Kreisen der städtischen Beamtenschaft die kommunale Akademie ins Leben zu rufen.

Vor allem werden wir unsere Bemühungen zur Förderung der schwer dar- niederliegenden Kunst und des Kunstgewerbes und zur Hilfe für die notleidende Künstlerschaft und der Wiener Theater fortsetzen. Eine der grössten Sorgen für uns ist die Aufzucht unseres Nachwuchses. Wir müssen die Garantie haben, dass jedes Wiener Kind das nicht von seinen Eltern erhalten werden kann, den vollen Schutz der Gemeinde findet. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit) und dass jedes Kind in einer guten Schule aufwacht. (Neuerlicher Beifall). Wir werden daher unsere Aktionen hinsichtlich der Kindergärten weiter fortsetzen, die Kinderfreibäder weiter ausbauen und auch weiterhin den Sport der Jugend fördern. Unsere grösste Aufmerksamkeit werden wir der durchgängigen Durchführung der bereits begonnenen Schulreform zuwenden. Wir werden sie mit dem Ziel fortsetzen, dass eine Einheitsschule für alle Kinder bis zum 14. Lebensjahr geschaffen wird und dass das Monopol auf die Bildung endlich ein Ende nehme. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Heute schon werden wir die Zahl der Stipendien für mittellose Schüler und Studenten auf sechshundert vermehren.

Was unser Bauprogramm anlangt, so will ich hier sagen, dass wir nicht nur Wohnbauten aufzuführen werden, sondern auch menschenwürdige Auszahlungsstellen für die Arbeitslosenunterstützung schaffen werden. Nach dem Gesetz über die Arbeitslosenversicherung fällt dies zwar in die Kompetenz des Bundes. Ich habe des öfteren der Regierung die unhaltbaren Zustände in den Auszahlungsstellen dargetan, aber leider kein Verständnis gefunden. Daher wird die Gemeinde tun, was in ihrer Macht steht.

Wir haben den Termin der Durchführung unseres Bauprogramms auf einem früheren Zeitpunkt verlegt, weil wir es für zweckmässiger halten, das Programm der Bevölkerung schon vor den Wahlen zur Begutachtung vorzulegen. Heute nach der Wahl haben wir darüber bereits einen Volksentscheid. Es ist zweckmässiger, gleich ein Programm vorzulegen, statt einfach Versprechungen zu machen, das Programm zu plakatieren. (Zwischenrufe bei den Mitgliedern der Einheitsliste: Jetzt kommt die Wipag.) Das Volk von Wien hat mit überwältigender Mehrheit das Programm bekräftigt und dieses Programm wird in den nächsten fünf Jahren entschlossen, zielsicher und energisch bis zum letzten Punkt durchgeführt. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir werden uns durch nichts davon abhalten lassen. Wir werden um so gewissenhafter jede unserer Aktionen prüfen, wir werden die gewissenhafteste Selbstkritik üben, weil wir keiner unbefangenen und sachlichen Kritik gegenüberstehen und ein grosser Teil der Presse bewiesen hat, dass sie einer unbefangenen Kritik/fähig ist. Wir werden mit aller Entschlossenheit unser Programm durchführen. (Neuerlicher stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

So werden wir auf allen Gebieten unsere Aufbauarbeit fortsetzen. Die Normen für unsere Gemeindeverwaltung, unser Programm sind in ihren Einzelheiten zur Volksabstimmung gestellt worden und das Volk von Wien hat sie in seiner Mehrheit bekräftigt. Ich habe die Erklärung abgegeben, dass wir sofort daran gehen werden, dieses Programm durchzuführen und es in fünfjähriger Arbeit zu vollenden. Wir erbitten hierzu die Unterstützung aller Mitglieder des Gemeinderates, der Bezirksvertretungen und aller städtischen Körperschaften. Wir hoffen, dass wir so in gemeinsamer Arbeit die Stadt Wien um ein gutes Stück nach vorwärts bringen. So weit ich nicht Parteipolitiker bin und nicht von diesem Platze aus spreche, sondern so weit ich in der Funktion eines Landeshauptmannes, eines Vorsitzenden des Gemeinderates und eines Chefs des Magistrats stehe, werde ich wie bisher in voller Unparteilichkeit das Gesetz handhaben und jedem und jede Sache nach gleichem Recht behandeln. Ich glaube nicht, dass mir irgend jemand, obwohl ich schon in verschiedenen Funktionen als Präsident als Präsident und seit den Verhandlungen sowie als Beamter der Republik tätig war, so viel Feindschaft entgegenbringt, dass er behaupten könnte, ich sei jemals bewußt vom Wege des Rechts und der strengen Unparteilichkeit abgegangen. Ich glaube, es ist eine der schönsten demokratischen Tugenden, leidenschaftlicher Parteimann zu sein und Kämpfer für seine Überzeugung, dort, wo man zu kämpfen hat, aber unparteiischer und absolut sachlich urteilender Funktionär dort, wo man als Beamter für die Gesamtheit zu sorgen hat. Ich werde mich nach Kräften bemühen, dieser demokratischen Tugend gerecht zu werden, wie ich mich bisher in diesem Sinne nach Kräften bemüht habe. So glauben wir, dass wir doch allmählich Wien einer besseren Zukunft zuführen werden. Diejenigen Kreise, die uns gewählt haben, sollen mit Genugtuung beobachten, dass ihr Auftrag erfüllt wird, diejenigen aber, die uns nicht gewählt haben, sollen trotzdem teilnehmen an den Segnungen, die die Durchführung dieses Programmes bietet. Wien ist heute nicht mehr die Stadt einer grossen Dynastie, nicht mehr eine Stadt des Hofes, nicht mehr eine Stadt des Glanzes und der Freuden einiger Weniger auf Kosten der breiten Massen des Volkes. Wir wollen Wien zu einem neuen Glanz bringen als eine Stadt der Arbeit, aber auch als eine Stadt des Glücks und der Wohlfahrt der geistig und manuell arbeitenden Menschen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit - die Gemeinderäte der Mehrheit erheben sich von den Sitzen und bringen begeisterte Hochrufe auf den Bürgermeister auf.) Der Bürgermeister wird vielseitig beglückwünscht.)

Der Bürgermeister übernimmt nun des Vorsitz und erteilt dem Gemeinderat Kunschak zur Geschäftsordnung das Wort.

GR. Kunschak (Einheitsliste) bemerkt, obwohl er der Ansicht sei, dass sich der Gemeinderat mitten in der Debatte befindet, da Bürgermeister Seitz nicht als Bürgermeister, sondern als Gemeinderat gesprochen habe, müsse er sich doch an die Geschäftsordnung halten und er beantrage daher die Eröffnung der Debatte.

Dieser Antrag wird angenommen.

GR. Kunschak (Einheitsliste): Wir waren der Meinung, eine Erklärung des Bürgermeisters zu hören und haben eine Erklärung des sozialdemokratischen Parteichefs gehört. Ich würde mich daher nicht verpflichtet, mich an die sonst gewiss gebotene Respektierung der Stellung des Bürgermeisters zu halten, sondern lediglich an die Regeln, unter denen Debatten zwischen politischen Rednern abzuführen zu werden pflegen. Gemeinderat Seitz hat den Wahlkampf als beispiellos bezeichnet. Auch wir sind der Meinung, dass der Wahlkampf beispiellos war, nämlich nach Anwendung der ganz ungesetzlichen und unlauteren Mitteln, die Sie in diesem Wahlkampf angewendet haben. Ich habe in einer Versammlung gegen mir nicht bekannte Organe des Wiener Ma-

gistrats die Anschuldigung des Missbrauchs der Amtsgewalt erhoben. Ich tue das jetzt wieder als Mitglied des Wiener Gemeinderats in der ersten Sitzung des Gemeinderates. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Ueber die Details wird noch gesprochen und der Beweis hierfür wird an anderer Stelle vorgelegt werden. Hier nur eine Frage, um wenigstens anzuzeigen, worauf sich meine schwerwiegende Beschuldigung stützt. Die Wählerlisten sind diesmal auf Grund einer Anordnung angelegt worden, die besagt, dass die Wahlberechtigten von Haus zu Haus aufzunehmen sind, dass ein Zählblatt auszufüllen ist und dass der damit betraute Beamte die Richtigkeit der in diesem Zählblatt angegebenen Daten auf der Grund der ihm vorzuliegenden Dokumenten zu überprüfen hat. Diese Anordnung ist vollständig einwandfrei, sie ist klar eindeutig, und wenn sie gehandhabt wird, könnte kein Wähler in die Wählerliste kommen, der nicht wahlberechtigt ist. Wie kommen nun die vielen Wähler in die Wählerliste, die nicht einmal die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Hat der betreffende Beamte die Vorlage eines Heimatsdokumentes verlangt oder nicht? Wenn ja, so müsste er darauf gekommen sein, dass der Mann nicht österreichischer Staatsbürger ist; hat er sie nicht verlangt und ihn in die Wählerliste aufgenommen, so hat er sein Amt missbraucht. (Zustimmung auf den Bänken der Einheitsliste) Wie kommen Leute in die Wählerliste hinein, von denen der Magistrat weiss, dass bei ihnen das Ansuchen um Zusicherung der Aufnahme in den Heimatsverband über die erste protokollarische Verhandlung noch gar nicht hinausgediehen ist? Oder wie kommt ein Mann hindan, über dessen Ansuchen der betreffende Akt noch zur Begutachtung bei den Wiener Bezirksvertretungen liegt? Wie kommen Leute, die erst 1907 oder 1908 geboren sind, daher nicht wahlberechtigt, in die Wählerliste nach dem die Aufnahme nur auf Grund dokumentarischen Nachweises über das Lebensalter möglich ist? Wenn solche Leute trotz alledem in die Wählerlisten kamen, so ist das ein effektiver Beweis für den Missbrauch der Amtsgewalt der hier seitens einzelner Magistratischer Organe verübt worden ist. (Beifall auf den Bänken der Einheitsliste.) Ich könnte noch andere Beispiele anführen. Wir sind bei der ersten Überprüfung der Wählerlisten bereits darauf gekommen, dass eine grosse Zahl von Leuten, die in Wien polizeilich nicht gemeldet sind, in den Listen stehen und gewählt haben. (Lebhafte Hörtrufe auf den Bänken der Einheitsliste.) Die Aufnahme solcher Leute konnte nur auf Grund des Meldezettels erfolgen, die Leute hatten aber keinen, da sonst bei der Polizei Aufzeichnungen darüber vorhanden sein müssten. Die Leute sind also unter Missachtung der ausgegebenen Vorschriften durch einen Beamten, das heisst unter Missbrauch der Amtsgewalt hineingekommen. (Zustimmung auf den Bänken der Einheitsliste.) Das ist das beispielelose in diesem Wahlkampf, der ein Ergebnis gezeigt hat, das der wahren Stimmung der Bevölkerung absolut nicht entspricht. (Lebhafter Beifall bei den Bänken der Einheitsliste).

Gemeinderat Seitz war der Ansicht, dass der Bundeskanzler die Parole des Klassenkampfes für den vergangenen Wahlkampf aufgegriffen hat die sonst immer die Parole der sozialdemokratischen Partei gewesen sei. Ich finde in dieser Erklärung ein ganz interessantes Zugeständnis. Sie haben also die alte Parole, die Karl Marx ausgegeben hat, für die diesmalige Wahl im Archiv deponiert, um unter einer anderen Maske auf die Leute, die auf Ihren Klassenkampf nicht abgestimmt sind, zu wirken. (Lebhafte Zwischenrufe bei der Mehrheit). Es liegt also in dieser Erklärung des Gemeinderates Seitz ein Geständnis der Skrupellosigkeit in der Wahl, der Mittel wenn es gilt, für die Sozialdemokratie Wahlerfolge zu erzielen. (Lebhafter Beifall auf den Bänken der Minderheit). Es ist aber selbstverständlich nur eine öde Phrase wenn behauptet wird, der Bundeskanzler hätte den Wahlkampf als Klassenkampf geführt. Wenn für die Einheitsliste nur die Banken, die Industriellen und dann besonders fromme Katholiken gestimmt hätten, dann hätte diese

Behauptung vielleicht noch einen Schein von Glaubwürdigkeit. Es wird aber doch niemand behaupten wollen, dass etwa Ottakring der Sitz der Bankiers, der Industriellen und besonders frommer Katholiken ist. (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut bei der Minderheit). Dennoch haben Sie in diesem ausgesprochenen Proletariatsbezirk ein Mandat an die Einheitsliste abgeben müssen. (Lebhafter anhaltender Beifall bei der Minderheit).

Gemeinderat Seitz hat auch ein interessantes Entweder-oder aufgestellt: Entweder langsam hinüberleiten unserer ganzen Politik auf den Freihandel und dadurch Eingliederung in die Weltwirtschaft oder, wenn das nicht geht, Anschluss an Deutschland. Ich war der Meinung, für Sie gebe es hier kein Entweder-oder. Jetzt ist das Primäre für Sie der Freihandel und nur wenn auf diesem Wege die Eingliederung in die Weltwirtschaft nicht möglich ist, dann entdecken sie Ihr deutschvaterländisches Herz, dann machen Sie aus der Not eine Tugend und gehen in das Reich. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit).

Ich kann mich damit zufrieden geben, wenn in so feierlicher Stunde ein so feierliches Bekenntnis/die inneren Gedankenwelt der sozialdemokratischen Partei abgelegt wurde. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Wenn es heisst, erstes Gebot für die Tätigkeit im Gemeinderat sei die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit so habe ich das wenn ich mich recht erinnere gestern schon vom Bundeskanzler gehört. (Heiterkeit und Zustimmung auf den Bänken der Einheitsliste. Lebhafte Zwischenrufe bei der Mehrheit) Wir hätten also auf diesem wichtigen Gebiet eine Einheitsliste von Seipel bis Seitz, vom Parlament bis zum Gemeinderat. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Allerdings ist dabei meine Freude über die programatische Bekenntnis grösser als meine Zuversicht, denn auf Grund unserer Erfahrungen muss ich sagen, dass in diesem Saale von wirklicher Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wenig zu spüren war. Der Hinweis auf die Bautätigkeit ist hier nicht ausschlaggebend. Wenn man zuerst die Baumöglichkeit zum unbestrittenen Monopol der Gemeindegewalt und dann sagt: Wir lassen doch bauen! so ist das kein Akt der Fürsorge für die Arbeitslosen sondern die primitive Pflicht des Verbrechers, der ein Verbrechen gut machen will. (Stürmischer Beifall und Handklatschen bei der Minderheit). Wenn sich dies im neuen Gemeinderat anders gestaltet, soll es mich freuen. Für diesen Fall kann ich ohne weiters sagen, dass wir... (Gemeinderat Eisinger (soz. dem.) für die Hausherren eintreten werden! - Gegenrufe bei der Minderheit). Wir werden bereit sein, mit den Kräften, über die wir verfügen, und dem guten Willen der uns besetzt, mit Ihnen gemeinsam zu arbeiten.

Gemeinderat Seitz hat die Frage der Aufrechterhaltung des unbedingten Mieterschutzes aufgeworfen. Das nötigt zur Frage, ob es denn einen unbedingten Mieterschutz überhaupt gibt. Ich weiss nur, dass sich Tag für Tag ganz bedeutende Mietzins erhöhungen in Wien vollziehen. (Zustimmung bei der Minderheit). Nur können Sie, weil es individuelle Zins erhöhungen und keine generell sind, nicht zur Grundlage für Forderungen nach Erhöhung der Löhne und Gehälter dienen. Was die Masse des Volkes unter Mieterschutz versteht und was diese starke Wirkung auf die Masse der Mieter ausübt, das ist die Sorge um den ungefährteten Besitz der Wohnung. Dieser wesentliche Mieterschutz wird von uns aufrecht erhalten werden, für den werden wir immer ein stehen, so weit unsere Kräfte reichen. Wir können leider den Abbau dieses Mieterschutzes nicht verhindern. Nach Ihren Behauptungen gibt es bereits 30.000 Mieter in städtischen Wohnhäusern und 30.000 sollen noch dazu kommen. Das heisst, es werden 60.000 Wiener Mieter innerhalb dieser Funktionsperiode des Gemeinderates vom Schutz des Wohnungsbesitzes ausgeschaltet werden. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit). Ueber diese Tatsache hilft Ihnen nichts hinweg, als dass Sie sich entschliessen, Das Vorgehen, zu dem das Gesetz den privaten Hausbesitzer zwingt, freiwillig gegenüber Ihren Mietern anzuwenden. (Beifall bei der Minderheit. - GR. Beisser (Soz. Dem.): Sie denken

nicht daran, dass Sie dasin Parlament beschliessen können!) Wenn ich diese Bemerkung als eine Aufforderung auffassen darf, das Gesetz dahin abzukündern, dass auch die Gemeinde befähigt ist, Ihren Mietern den Mieterschutz zu geben, so will ich dieser Aufforderung gerne nachkommen. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit - Ruf bei der Mehrheit: Was aber die Gemeinde von den Mietern verlangt!)

Der Herr Gemeinderat Seitz hat dann schliesslich ... (Gemeinderat Kissinger (Soz. Dem.): Der Herr Bürgermeister Seitz! - Stürmische Zwischen- und Gegenrufe.) ... hat sich auch darüber beschwert, dass bis vor kurzem ein richtiges Verhältnis zwischen den gewerblichen Organisationen und der Gemeindeverwaltung nicht bestand. Jetzt sei es anders, viele hätten sich sozialdemokratisch organisieren lassen, mit denen lasse sich angenehm verhandeln. Dieses Argument zwingt mich von Herrn Gemeinderat Seitz zu sprechen, weil, wenn es der Bürgermeister gesagt hätte, es ein unerhörtes Bekenntnis wäre. (Zustimmung bei der Mehrheit). Die Gewerbevereine sind die offiziellen Vertretungen der Gewerbetreibenden. Die ganze Geschichte der sozialdemokratischen Partei zeigt nun freilich, dass zwischen der vom Geiste der Partei beherrschten Gemeindeverwaltung und den offiziellen Vertretungen des Gewerbestandes sich schwere Differenzen von selbst ergeben müssen. Die sozialdemokratische Theorie, namentlich die Konzentrations- und die Akkumulationstheorie besagt, dass es ein natürlicher Entwicklungsprozess ist, wenn das Gewerbe aus dem Wirtschaftsleben verschwindet. Die Theorie und die Reden, die darüber gehalten wurden, sagen, dass man diese Entwicklung fördern müsse, damit der Zeitpunkt der Expropriation der Expropriateure durch die Expropriierten möglichst nahegerückt wird. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit). Bei dieser Tatsache ist es begreiflich, dass sich Gegensätzlichkeiten zwischen den Gewerbevertretungen und Ihnen geben müssen. Weil Ihnen das unangenehm ist, schalten Sie jetzt die offiziellen Organisationen des Gewerbestandes aus und schaffen und kaufen sich nun Stimmen für Ihre Liste. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit). Wir müssen fordern, dass die gesetzlichen Vertretungen der Gewerbetreibenden auch von der Gemeinde geschützt werden. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit). Die roten Winkelorganisationen mögen Ihrem Bedürfnis nach Bequemlichkeit entgegenkommen, aber die Verwaltung einer Stadt darf nur nach den Grundsätzen des klaren und strikten Rechtes geführt werden. (Beifall bei der Minderheit).

Positive Absichten zur Förderung des gewerblichen Interesses wollen wir auf das kräftigste unterstützen. Mit der Organisation des Kredites für das Gewerbe durch die Zentralsparkasse sind wir einverstanden. Wir verweisen nur in diesem Zusammenhang darauf, dass die Zentralsparkasse und auch der Kreditverein der Zentralsparkasse Gründungen Luegers sind. Was Sie also auf diesem Gebiete unternehmen, ist nicht Ihres Geisteskind, sondern nur eine pflichtgemässe Fortführung geschaffener Institutionen. (Beifall bei der Minderheit). Es wird sehr vorteilhaft sein, wenn die Gelder der Wiener, die in der Zentralsparkasse sind, in Zukunft eine Verwendung zugunsten der Wiener und in geringerer Masse zugunsten der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung finden.

Auch mit der Exportförderung sind wir einverstanden. Die Regierung hat aber in diesem Belange bereits früher eine Massnahme getroffen. Sie besteht in der Befreiung aller Exportwaren von der Warenumsatzsteuer. Wenn die Gemeinde Wien nun auch etwas beitragen will, begrüssen wir es mit Freude. Es soll auch in der Frage der Exportförderung eine Einheitsliste von Seipel bis Seitz entstehen.

Dazu gehört eine Reihe von Voraussetzungen, die wir bisher im Gemeinderat noch nicht gefunden haben. Mit Versprechungen ist uns nicht gedient. Man muss die Kreditwürdigkeit herabsetzen, da ist aber das Janusgesicht der Majorität zu sehen. Auf der einen Seite gibt man den Kredit, wo man zuerst das Betriebskapital durch eine unerhörte Steuerpolitik weggenommen. Eine wirkliche Gewerbebeförderungspolitik muss mit einer gründlichen Reform der Wiener Steuerpolitik beginnen; alles andere ist

Wir sind mit allem einverstanden, was Wien als Kongressstadt fördert. Wir haben keinen sehnlicheren Wunsch, als dass Wim Luegers als Kongressstadt wieder zurückkehre. Die Hebung des Fremdenverkehrs hat eine mächtige Anregung durch die Fremdenverkehrskommission gefunden. Aber auch da mussten wir einen Leidensweg durchmachen. Es hat eine private Vereinigung gegeben, in deren Rahmen der verstorbene Landeshauptmann Steiner dreissig Jahre dem Fremdenverkehr diante. Als aber die Majorität in diesem Saal einzog, hörte sich jede Hilfe für diese Vereinigung auf. Dadurch wurde ihre Tatkraft gebrochen und auf den Ruinen der alten Vereinigung wurde eine neue Institution aufgebaut. Sie ist ein Erfolg Zimmerls und ihre Erfolge sind die Erfolge der patriotischen Zusammensetzung der Fremdenverkehrskommission in der unsere Leute hervorragend wirken.

Interessant war auch der Hinweis des Herrn Gemeinderates Seitz, dass wir die Gemeinde zwingen wollen zur Politik des Schuldenmachens. Die Verhältnisse haben sich gebessert und die Gemeinde geniesse eine erhöhte Kreditfähigkeit. Pflicht der Opposition ist es, alles zu vermeiden, was den Erfolg der Anleihe beeinträchtigen könnte. Wenn Sie sich schon zum Schuldenmachen bekannt haben, dann keine Halbheit. In einer Zwangslage haben Sie den Weg der Anleihe bestritten, die zwingende Gewalt hat sie zur Anleihepolitik gebracht, weil die städtischen Unternehmungen am Ende ihrer kaufmännischen Fähigkeiten angelangt sind.

Ich will nun über den Wohnhausbau auf Anleihen sprechen, und widerspreche gleich der Lüge, dass wir die Einstellung der Wohnbautätigkeit wollen. Sie haben sich diese beharrliche Lüge zurechtgelegt. Auf Ihren Häusern steht: Erbaut aus den Mitteln der Wohnbausteuer oder Bauten aus dem Ertragnisse der Wohnbausteuer. Das ist eine Lüge und Sie sollen sich schämen, die Öffentlichkeit so zu belügen. Es waren zwei reichsdeutsche Abgeordnete hier, denen der Bau von Häusern aus dem Ertragnisse der Wohnbausteuer sehr imponiert hat. Ich musste sie aber belehren, dass zwei Drittel der Baukosten aus laufenden Steuern genommen werden.

Der Ertrag der Wohnbausteuer macht etwa 360 Milliarden aus und die Kosten der Wohnbautätigkeit 1100 Milliarden. 650 Milliarden müssen also zur Bestreitung der Kosten aus den laufenden Steuergeldern herausgenommen werden. 650 Milliarden werden einem Wirtschaftsleben genommen, dem gegenüber Sie die Kreditwürdigkeit anerkennen. Sie wollen 500 Milliarden für Kredite zur Verfügung stellen. Nehmen Sie eine Wohnbauleihe und finanzieren Sie damit die Bauten und Sie ersparen diese 650 Milliarden, also weit mehr als für Ihre Kredite in Betracht kommt. Ich verweise darauf, dass der Ertrag der Wohnbausteuer ganz gäntz die Möglichkeit bietet, die Anleihe zu decken.

Herr Gemeinderat Seitz hat gesagt, es sei unerhört, dass es Funktionäre gibt, die der Gemeinde Wien zumuten, auf ihren Anteil der Abgaben zu verzichten. Wenn es keine andere Frage gibt, so will ich gleich mit Ihnen einen Vertrag schliessen. Machen wir folgendes: Die Gemeinde verzichtet nicht auf die 480 Milliarden der Warenumsatzsteuer, sondern verwendet den Ertrag zur Ermässigung der Fürsorgeabgaben im Betrag.

Auch wir wollen Jugendfürsorge im weitesten Masse, aber frei von jeder Parteipolitik. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit). Das Wohl unserer Kinder liegt uns mindestens ebenso am Herzen, wie der sozialdemokratischen Partei. Aber leider wird auch auf diesem Gebiete von Ihnen Parteipolitik getrieben. Wir haben Jugendspielplätze, aber nicht für alle Kinder, sondern nur für eine privilegierte Jugend, die beim Verein Schul- und Kinderfreunde ist. Ein Gemeinderat hat mir eben erzählt, dass seine Tochter vom Betreten eines solchen Spielplatzes

gehalten wurde. (Hört- Hörtrufe bei der Minderheit). Dasselbe gilt auch auf dem Gebiet der Sport- und Turnbewegung. Die Sozialdemokraten wollen das Monopol auf Bildung brechen. Im eigentlichen Sinn das Wortes hat ein solches Monopol bisher nicht bestanden. Es gibt ja in diesem Saale selbst genug Männer, die was den armseligsten Verhältnissen auf den verschiedensten Gebieten aufgestiegen sind. Es kommt hier nicht nur auf den Reichtum der Eltern an, sondern auch auf den Willen und das Talent der Kinder. Über diese Tatsache kommt man durch keine Schulreform hinweg, im Gegenteil, je mehr sie die Dinge auf eine breite Basis stellen, umso niedriger wirken sie, statt in die Höhe zu wirken. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit.) Auch wir wissen, dass auf dem Gebiete der Schule viel veraltet ist. Und dass die neue Zeit neues erfordert. Aber jedes Experiment gehört aus der Schule heraus in die Stille. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit.) Der Bürgermeister hat am Schluss versichert, dass er in allen seinen Funktionen strengste Unparteilichkeit walten lassen will. Wir hörten die Botschaft. Sie werden verstehen, dass wenn dieser Botschaft so viel voraus gegangen ist, das uns dem Bürgermeister als leidenschaftlichen Vertreter seiner Partei erkennen liess, soeben möglich ist, zu dieser Botschaft noch was anders zu sagen: Ich höre Sie, doch mir fehlt der Glaube. Mag es gelingen - und das ist unser Wunsch - dass dieses mangelnde Vertrauen, das uns aufgezungen wurde, vor einer in den Tatsachen festbegründeten Überzeugung schwindet. Das würde gewiss nur im Interesse der Stadt und des Ansehens des Gemeinderates sein. Wir haben heute vom Bürgermeister des Hohn über unsere Anträge gehört. Über Anträge, deren Sachlichkeit so stark ist, dass sich die Mehrheit ihnen anschliessen muss. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit.) Dieser Hohn zeigt aber, dass man die Minderheit auch in Zukunft als eine quantitate negligable betrachten will. Nicht immer war es in diesem Saale so. Auch Reumann war ein leidenschaftlicher Parteimann. Er ist doch seit den achtziger Jahren in den schwersten Kämpfen als "Auerbecher gestanden" für hunderte, die heute Nutzniesser seiner Arbeit sind. (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit.) Auch er hat seine Bürgermeistermacht benützt, um seiner Partei zu dienen. Aber dem Gegner gegenüber hat er auch Objektivität, Unparteilichkeit und Konsilienz niemals versagt. Seit Bürgermeister Reumann fehlt an dieser Kenntnis. Wir hören vom Bürgermeister süsse Worte, wie wir sie früher von dem eine etwas derbere Sprache führenden Reumann nicht gewöhnt waren, aber denn der Zucker abfällt, zeigt sich, dass sich dahinter ein ganz ungeniessbarer Kuchen verborgen hat. Aus meinen Worten ist nicht die Folgerung zu ziehen, dass wir etwa um Gnade bitten. Uns lebt das Bewusstsein, der Würde, die uns von der Bevölkerung gegeben, das Bewusstsein, der uns übertragenen Pflicht und aus diesem Bewusstsein heraus, werden wir wie immer die Verhältnisse sich hier gestalten mögen, die Würde eines Gemeinderates und die Pflicht eines Gemeinderates unverändert aufrecht erhalten. (Stürmischer Beifall und Hochrufe bei der Minderheit.) Gemeinderat Pfeiffer (Einheitsliste) bemerkt, es wäre besser gewesen, wenn der Bürgermeister sich darauf beschränkt hätte, eine Erklärung abzugeben und wenn er versichert hätte, eine parteipolitische Rede zu halten. Der Redner wolle es sich ersparen, dem Bürgermeister in einzelnen zu erwidern, zumal sich in allen wirtschaftlichen Fragen die Ausführungen des Sprechers der christlichsozialen Partei mit unseren Ausführungen decken. (Stürmische Rufe bei der Mehrheit: Einheitsliste.) Erregte Gegenrufe bei der Minderheit. (Lärm.)

Vorsitzender Weigl ersucht wiederholt um Ruhe.

GR Pfeiffer (Einheitsliste): Das Endziel grossdeutscher Politik bleibt für unser Zusammenschliessen mit dem deutschen Reich. Wir meinen aber den Unterschied von der Mehrheit, dass jede politische und verwaltungstechnische Arbeit in den parlamentarischen Körperschaften, dem Anschlussgedanken zu dienen hätte. Die Steuerpolitik der Gemeinde Wien, die steuermässige Enteignung des ehrlich erworbenen Besitzes (Lachen bei der Mehrheit) ist nicht das richtige Mittel, um den Weg zum deut-

sehen Reich zu finden; dass eine solche übermässige Besteuerung nicht kennt. Wir sind der Ueberzeugung, dass für das Wohl der Bevölkerung nur dann gearbeitet werden kann, wenn wir es verstehen, alle Schichten der Bevölkerung unserer Stadt zusammenzufassen. Wir verlangen, dass bei der Verwaltung der Gemeinde die vollste Objektivität herrscht und dass insbesondere bei der Anstellung und Beförderung der Beamten unparteilich vorgegangen wird. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit.) Gemeinderat Iser (soz. dem) ruft: Die zwei Herren haben den humoristischen Teil übernommen! (Lebhafte Heiterkeit bei der Mehrheit.) Grosser Lärm auf den Bänken der Einheitsliste.

GR Pfeiffer: Unsere Arbeit ist national orientiert und wir werden dieser Arbeit mit unserer ganzen Kraft dienen und uns durch keinen Terror abschrecken lassen. Solange wir die Kraft haben und uns der Herrgott die Gesundheit gibt, werden wir, wenn wir auch nur zwei sind, unentwegt für unser gemeinsames grosses deutsches Vaterland, das wir erreichen wollen, wirken. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit.)

Es werden nun durch Handaufheben die neun Schriftführer des Gemeinderates auf die Dauer eines Jahres gewählt. Bürgermeister Seitz nimmt dann die Wahl der zwölf Stadträte vor. Es werden gewählt die Stadträte Breitner, Emmerling, Kokrda, Richter, Siegel, Speiser, Tandler und Weber (Sozialdemokraten) und Hoss, Kunschak, Motzko und Rummelhardt (Einheitsliste). Schliesslich werden noch als Vizebürgermeister Emmerling (Sozialdemokrat) und Hoss (Einheitsliste) gewählt.

Bürgermeister Seitz unterbricht nun zum Zwecke der Konstituierung des Stadtsenates die Sitzung. Nach Wiederaufnahme wird die Wahl der acht amtsführenden Stadträte, ausschliesslich Sozialdemokraten, vorgenommen. Dann werden die Mitglieder für die acht Gemeinderatsausschüsse, das Disziplinarkollegium, die Personalkommissionen und eine Reihe von Vertretern für verschiedene andere Körperschaften gewählt. Am Schluss der Sitzung wird ein Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates Dr. Hengl (Einheitsliste) verhandelt. Der Antrag verweist auf die schweren Schäden, die vom 11. bis 14. Mai durch Verheerende Nachtfröste in den Wiener Weinbaugebieten angerichtet wurden. Der städtische Finanzreferent soll deshalb beauftragt werden, umgestimmt eine umfassende Notstandsaktion für die betreffenden Grundbesitzer in Form langfristiger, unverzinslicher Darlehen und Beiträge zur Verbilligung der Schädlingsbekämpfungsmittel in die Wege zu leiten. Ferner soll dem Gemeinderat eine Vorlage unterbreitet werden, die festsetzt, dass die Gemeinde bis auf weiteres auf die Einhebung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe in den Wiener Buschenschenken verzichtet.

Gemeinderat Dr. Hengl begründet die Dringlichkeit. Er führt aus, dass der Wiener Weinbau sich gegenüber dem übrigen Weinbau Oesterreichs in sehr ungünstiger Lage befindet. Das Jahr 1926 war ein schlechtes Weinjahr. Der Bezirk Döbling umfasst drei Viertel der Weinbauflächen Wiens. Im Jahre 1926 wurden dort nur 717 Hektoliter auf ein Joch geerntet. Die Döblingener Weinbauer haben ein Defizit von neun Millionen zu verzeichnen. Sie haben grosse Hoffnungen auf das heurige Jahr gesetzt. Diese Hoffnungen sind aber nicht in Erfüllung gegangen, wie der geringe Traubenansatz zeigt. Die katastrophalen Nachtfröste der vorigen Woche haben auch einen Teil der Wiener Weingärten getroffen. Es ist daher notwendig, dass die Gemeinde hier helfend eingreift.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt, worauf Gemeinderat Dr. Hengl erklärt, dass er auf eine weitere Begründung verzichtet. Stadtrat Kokrda beantragt, dass der Magistrat beauftragt werde, über die Schäden Erhebungen zu pflegen und entsprechende Anträge zu stellen. Der Antrag, wie ihn Dr. Hengl formuliert habe, könne nicht angenommen werden. Nach dem Gemeinderat Kunschak der Meinung Ausdruck gegeben hat, dass der Antrag des Stadtrates Kokrda sich erübrige, weil der Dringlichkeitsantrag ohnehin an den Magistrat gelange, erklärt Gemeinderat Dr. Hengl sich mit der Zuweisung an den Magistrat einverstanden. Der Dringlichkeitsantrag wird nun der Geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Bürgermeister Seitz schliesst um halb neun Uhr abends die Sitzung mit der Mitteilung, dass am nächsten Freitag um fünf Uhr

nachmittags der Gemeinderat zu einer Geschicktsitzung zusammentritt.